

Schwerpunkt: Pressefreiheit und Rechtsextremismus

Olivia Mangold

Angriffe von rechts

Auswirkungen rechtsextremer Bedrohungen auf die journalistische Praxis in Deutschland. Eine Interview-Studie

Abstract: JournalistInnen, die über Rechtsextremismus berichten, sind zunehmend mit Anfeindungen, Einschüchterungen und direkten Angriffen konfrontiert. Diese Entwicklung gefährdet die Pressefreiheit und stellt demokratische Grundwerte infrage. Die qualitative Studie untersucht, wie sich rechtsextreme Bedrohungen in den vergangenen fünf Jahren verändert haben und welche Folgen das für die journalistische Praxis hat. Im Fokus stehen vier JournalistInnen, die in leitfadengestützten Interviews von wiederholten Bedrohungen berichteten: von verbalen Attacken über juristische Einschüchterung bis hin zu physischen Übergriffen. Als Reaktion entwickelten sie verschiedene Schutzstrategien, etwa anonyme Veröffentlichungen, angepasste Recherchen und erhöhte Vorsicht bei der Themenwahl. Trotz des Anspruchs, unbeeinflusst zu berichten, zeigen sich Tendenzen zur Selbstzensur und wachsendes Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Rechtsextreme Bedrohungen wirken somit nicht nur individuell, sondern schränken strukturell die Pressefreiheit ein. Um dem entgegenzuwirken, braucht es gezielten Schutz, institutionelle Unterstützung und gesellschaftliche Sensibilisierung.

Keywords: Pressefreiheit; Rechtsextremismus; Bedrohung; Journalismus; Selbstzensur

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen bringt für JournalistInnen immer häufiger persönliche Risiken mit sich (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2024). Während sich einige Studien bereits mit der Bedrohungslage befasst haben, ist noch wenig darüber bekannt, welche praktischen Strategien

JournalistInnen entwickeln, um mit Angriffen und Einschüchterungen umzugehen. Dieser Beitrag untersucht, wie sich Bedrohungen durch rechtsextreme AkteurInnen in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren verändert haben und in welcher Weise sie die journalistische Praxis beeinflussen. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche individuellen Sicherheitsstrategien JournalistInnen anwenden, um ihre Arbeit trotz wachsender Risiken fortzusetzen.

Die Analyse basiert auf qualitativen Interviews mit JournalistInnen, die regelmäßig über Rechtsextremismus berichten. Sie geben einen Einblick in persönliche Erfahrungen mit Bedrohungen und schildern Gegenmaßnahmen, die im Arbeitsalltag ergriffen werden. Damit leistet die Studie einen empirischen Beitrag zur aktuellen Forschung über Pressefreiheit. Sie zeigt auf, wie Medienschaffende im Spannungsfeld zwischen Bedrohung und unabhängiger Berichterstattung agieren.

Pressefreiheit unter Druck

Die Pressefreiheit ist ein Grundrecht in demokratischen Ländern. Eine freie Presse garantiert die Freiheit der Medien und ist eine wichtige Voraussetzung für die Demokratie. Die Presse fördert den Prozess der Meinungs- und Willensbildung durch Informationen, durch die Möglichkeit, Standpunkte zu teilen und Meinungen zu äußern, und durch die eigene Beteiligung an öffentlichen Diskussionen (BUNDESVERFASSUNGSGERICHT 2000). Das Konzept einer freien Presse kann aber nur funktionieren, wenn Medienschaffende in der Lage sind, ihre Berichterstattung »frei, vielfältig und unabhängig« (DIE BUNDESREGIERUNG 2025) zu gestalten.

In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Angriffe auf Medienschaffende in Deutschland gestiegen. Laut Reporter ohne Grenzen waren es 2019 13 Angriffe auf JournalistInnen und Medien, im Jahr 2022 bereits 103 (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2020: 1; 2023: 3). 2023 sank die Zahl der Angriffe auf 41, doch »auch wenn die Zahlen sinken, bleiben sie im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie vergleichsweise hoch« (REPORTER OHNE GRENZEN 2024: 4). Zudem ist aufgrund fehlender Anzeigen und ZeugInnen sowie unterbliebener Ermittlungen und Gerichtsverfahren von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Für das Jahr 2025 konnten bislang 89 Angriffe dokumentiert und geprüft werden, davon 21 aus dem verschwörungstheoretischen und rechtsextremen Umfeld (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2025b: 4).

Die Zunahme der Gewalt gegen Medienschaffende in Deutschland hängt eng mit gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre zusammen. Die Corona-Pandemie, der Ukrainekrieg und weitere Krisen haben zu Polarisierung und Verunsicherung geführt, die von rechtsextremen Gruppen genutzt wurden

(vgl. DEUTSCHLANDFUNK.DE 2023). Laut Verfassungsschutz stieg die Zahl der RechtsextremistInnen 2023 auf 40.600, davon gelten 14.500 als gewaltorientiert (vgl. BMI 2024: 78). Studien zeigen eine wachsende Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen, besonders unter jungen Menschen (vgl. ZICK et al. 2023: 71). Digitale Plattformen wie Telegram spielten bei dieser Radikalisierung eine zentrale Rolle, etwa im Fall der »Freien Sachsen«, deren Online-Community im Jahr 2021 von 10.000 Mitgliedern auf über 100.000 Mitglieder anstieg (vgl. DEUTSCHLANDFUNK.DE 2021). Rechtsextreme Strukturen betreffen nicht mehr nur Randgruppen, sie sind zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung geworden.

Methode

Die Untersuchung basiert auf einer qualitativen Interviewstudie. Leitfaden-gestützte, synchrone Gespräche ermöglichen es, Einblicke in die Arbeit von JournalistInnen zu erhalten, die über Rechtsextremismus berichten.

Vier JournalistInnen wurden befragt, die in unterschiedlichen Medienkontexten tätig sind und regelmäßig über rechtsextreme Akteure berichten. Das kleine Sample umfasst freie und festangestellte JournalistInnen auf lokaler und überregionaler Ebene, die sowohl direkte Bedrohungen als auch juristische Einschüchterungsversuche erlebt haben. David Janzen ist freier Fachjournalist mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus. Seit 30 Jahren berichtet er über Neonazi-Strukturen und betreibt die Plattform dokurechts. Seine Erfahrung und wiederholte Bedrohungen machen ihn zu einem wichtigen Gesprächspartner für die Studie. Alexander Roth ist Journalist und stellvertretender Leiter der Live-Redaktion beim Zeitungsverlag Waiblingen. Er recherchiert zu Rechtsextremismus, ReichsbürgerInnen und Verschwörungsdenkern und berichtet auch über die Bedrohungslage im Lokaljournalismus. Durch eigene Erfahrungen mit Anfeindungen und Bedrohungen ist er besonders nah an der Problematik. Anna Hunger ist Chefredakteurin der unabhängigen Zeitung *Kontext* in Stuttgart. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, zudem ist sie seit Jahren mit juristischen Angriffen in Form von SLAPP-Klagen konfrontiert. Interviewpartner 4 arbeitet als Redakteur in der Zentralredaktion der Verlagsgruppe Rhein-Main mit den Schwerpunkten Extremismus, Sicherheit und Justiz. Während seiner Zeit als Lokaljournalist berichtete er kritisch über Querdenker-Proteste und wurde daraufhin persönlich bedroht und verfolgt. Zum Schutz seiner Anonymität wird der Name des vierten Interviewpartners nicht genannt. Stattdessen wird im Folgenden die Bezeichnung *Interviewpartner 4* verwendet.

Die Interviews wurden im Zeitraum Dezember 2024 bis Februar 2025 anhand eines thematisch gegliederten Leitfadens geführt. Dieser orientierte sich an fünf Themenfeldern: (1) Art der Bedrohung, (2) Veränderung der Bedrohungslage, (3) Umgang mit Bedrohungen, (4) Rolle von Institutionen sowie (5) Auswirkungen auf die journalistische Praxis. Die Auswertung erfolgte in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. MAYRING 2022: 11).

Art der Bedrohungen

Die Interviews untersuchen, welche Erfahrungen die JournalistInnen aufgrund ihrer Berichterstattung im rechtsextremen Spektrum mit Gewalt oder Bedrohungen (physisch oder digital) machen, welchen Grad an Intensität die Bedrohungen erreichen und wie die psychologischen Auswirkungen sind.

Alle vier Befragten berichten von physischer Gewalt und/oder physischen Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen, vor allem im Kontext von Demonstrationen oder in der Öffentlichkeit. Dabei ist wiederholt herauszuhören, dass die JournalistInnen oder deren KollegInnen auf Demonstrationen gezielt bedrängt, gefilmt oder persönlich angegangen worden seien. Besonders Janzen betont, dass dies eine gängige Praxis von Neonazis und rechten Gruppen sei, um die Berichterstattung zu behindern. Diese Art der Einschüchterung auf Demonstrationen lässt sich aus fast allen Interviews ablesen.

David Janzen: »Wo man sich dann natürlich dreimal überlegt, ob das zu riskant ist, und man sich überlegt, nicht mehr allein hinzugehen, was früher eher möglich war. [...] Das ist tatsächlich sehr viel deutlicher geworden. Insofern ist das natürlich eine deutliche Einschränkung der Berichterstattung vor Ort, das ist natürlich gefährlicher geworden, und man kann nicht mehr so unbefangen berichten.«

Direkte körperliche Angriffe fallen unterschiedlich aus. Während Janzen von Rangeleien auf Demonstrationen spricht, berichtet Roth von einem Vorfall, bei dem einem/einer KollegIn, der/die neben ihm stand, ins Gesicht geschlagen worden sei. Interviewpartner 4 beschreibt einen Vorfall, bei dem ein verschwörungs-ideologischer Straftäter während einer Gerichtsverhandlung im Oktober 2023 in aggressiver Weise auf ihn losgegangen sei und ihn später noch in seinem Privatleben verfolgt habe. Der Angeklagte soll brüllend auf ihn zugestürmt sein und ihm entgegengeschrien haben, dass er sich »wieder verpissten solle«. Er habe Interviewpartner 4 schon seit Jahren verfolgt und regelmäßig angepöbelt, was sich auch nach dem Gerichtsverfahren nicht geändert habe.

Subtile Drohungen runden das Muster ab. Hunger hebt hervor, dass sie zwar keine direkten körperlichen Angriffe erlebt habe, jedoch regelmäßig subtil bedroht worden sei, etwa durch das Hinterherlaufen auf Veranstaltungen oder juristische Einschüchterungsversuche wie SLAPP-Klagen. Diese Art von Klage

ist oft erfolgreich, da sie von großem finanziellem »Machtungleichgewicht zwischen Kläger und Beklagten, hohe Schadensersatzforderungen oder Streitsummen« (VER.DI: o. J.) geprägt ist.

Neben physischer Gewalt und physischen Bedrohungen spielt die digitale Ebene eine zentrale Rolle. Roth und Interviewpartner 4 erfahren demnach Hass und Drohungen in sozialen Netzwerken. Die meistgenutzte Plattform für den Austausch zwischen rechten AkteurInnen ist Telegram (vgl. Heft 2024). Dazu kommen Plattformen wie Twitter/X, YouTube und Facebook, Parler oder V-Kontakte (vgl. Heft 2024). In rechtsorientierten Telegram-Gruppen werden Roth und andere regelmäßig angefeindet und sogar Morddrohungen ausgesetzt.

Alexander Roth: »Und dann haben Drohungen eben in den Kommentaren begonnen, die dann bis zur Fantasie gingen, dass irgendwelche Leute umgebracht werden müssen, irgendwelche Namen in Kugeln eingeritzt werden müssen [...].«

Hinzu kommt der Missbrauch persönlicher Daten, um JournalistInnen zu bedrohen. Interviewpartner 4 und Roth geben an, dass ihre Namen in der rechten Szene kursieren, um sie öffentlich auf Demonstrationen oder in sozialen Netzwerken anzuprangern. Interviewpartner 4 beschreibt, dass ein Straftäter seine Privatadresse herausgefunden und ihm gedroht habe, dort mit ihm abzurechnen. Außerdem habe er mehrmals erleben müssen, wie nachts bei ihm Sturm geklingelt wurde.

Interviewpartner 4: »Er hat es dann aber bekräftigt, er wird mit mir abrechnen, und zwar – und dann hat er meine Privatadresse genannt – dort will er mit mir abrechnen.«

Auch die Privatadresse von Janzen wurde unter rechtsextremen AkteurInnen bekannt, was offenbar zu zahlreichen Angriffen an seinem Wohnsitz führte. Eine ausführliche Schilderung unterblieb in diesem Interview, aber in anderen Interviews mit dem NDR, der *Braunschweiger Zeitung*, dem *rechten Rand* und der *taz* wurde die Bedrohungslage deutlicher. Demnach ist Janzen seit Jahren massiven Bedrohungen von rechtsextremen AkteurInnen ausgesetzt, die bis zur Morddrohung reichen. 2019 hinterließen Neonazis Aufkleber an seiner Haustür und den Schriftzug »Wir töten dich! Janzen« (NDR 2023). Nach dem Mord an dem hessischen Kommunalpolitiker Walter Lübcke im Juni 2019 drohte ein Neonazi öffentlich im Internet mit dem Satz »Gestern Walter, morgen Janzen« (NICK 2024). Während einer Kundgebung wurde Janzen attackiert, und die Polizei stufte ihn als Provokateur ein (vgl. BRANDIS 2019: 35). Im Jahr 2020 wurde seiner Familie ein vergammelter Schweinekopf per Post zugesandt (vgl. NDR 2023), drei Jahre später sein Haus mit dem rechtsextremen Code »1488« beschmiert, eine Kerze mit seinem Namen aufgestellt und rohes Fleisch in seinen Briefkasten gelegt (vgl. NDR 2023; SPEIT 2023). Die 14 im Code weist auf das aus den USA stammende rassistische Glaubensbekenntnis »Fourteen Words« hin: »We must secure the existence of our people and a future for white children.« (KONRAD ADENAUER STIFTUNG 2015). Die 88 soll für den achten Buchstaben im Alphabet, das »H«,

stehen und ist eine Abkürzung für den Hitlergruß (vgl. KONRAD ADENAUER STIFTUNG 2015). 2020 soll Janzen von einem Neonazi belästigt worden sein, während er mit dem Kinderwagen unterwegs war. Der Täter soll gedroht haben, Janzen etwas zwischen die Rippen zu rammen. Nachdem Janzen Anzeige erstattet hatte, wurde er selbst wegen Verleumdung angezeigt, die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein (vgl. BEIFUSS 2020).

Die InterviewpartnerInnen schildern erhebliche psychologische Belastungen durch die Bedrohungen. Janzen, Roth und Interviewpartner 4 sprechen davon, dass sie im Alltag ständig mit Anfeindungen rechnen müssten, sei es beim Einkaufen, auf Veranstaltungen oder im privaten Umfeld, was zu Unsicherheiten, Ängsten und einer Einschränkung des Wohlbefindens führe. Janzen gibt an, dass er über bestimmte Themen aufgrund der Bedrohungslage nicht mehr berichte und der Stress zu groß geworden sei, sich auf Demonstrationen der rechtsextremen Bewegung zu begeben. Solche Reaktionen erfüllen Lutz Kinkel, Direktor des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit, mit Sorge (vgl. DEUTSCHLANDFUNK.DE 2023a): Die Bedrohungslage führe dazu, dass viele JournalistInnen nicht mehr vor Ort berichten könnten oder möchten. Eine Sicherheitsbegleitung sei für freie JournalistInnen oder auch für die Medienhäuser oft zu teuer (vgl. DEUTSCHLANDFUNK.DE 2023a). Interviewpartner 4 hebt die tiefgehenden Folgen hervor. Für ihn sei es am belastendsten gewesen, nicht von allen Stellen ernstgenommen worden zu sein. Diese Erkenntnis habe langfristige psychologische Auswirkungen auf ihn gehabt. Um welche Stellen es genau geht, wollte er bewusst nicht sagen.

Die Intensität der Bedrohungen variiert bei den Befragten. Janzen und Interviewpartner 4 berichten von jahrelanger Anfeindung, die phasenweise sehr intensiv gewesen sei. Janzen beschreibt eine Phase, in der er über Monate hinweg beinahe täglich bedroht worden sei. Roth beschreibt die Bedrohungslage eher als einen schleichenden Prozess, in dem sich die Anfeindungen über die Jahre hinweg aufgebaut hätten, bis sie im Jahr 2021 einen Höhepunkt erreichten. Interviewpartner 4 schildert, dass er bereits vor der Eskalation in der Gerichtsverhandlung über Jahre hinweg bedroht worden sei. Aktuell werde er von dem betreffenden Straftäter nicht mehr bedroht, was vermutlich an seinem privaten und beruflichen Ortswechsel liege. Hunger muss sich seit 2018 immer wieder mit einer SLAPP-Klage beschäftigen, die ihre Zeitung auch finanziell bedrohte. Die juristische Auseinandersetzung sei sehr zeitaufwendig für sie gewesen.

Veränderung der Bedrohungslage

Die Interviews spiegeln wider, wie sehr sich die Bedrohungslage für JournalistInnen, die über Rechtsextremismus berichten, verschärft hat. Vor 2019 spielten

direkte Bedrohungen kaum eine Rolle, Konflikte auf Demonstrationen waren selten.

David Janzen: »Früher gab es bei Demonstrationen auch wenig Auseinandersetzung mit der Presse. Also weder ich noch andere wurden wahrgenommen, das lief eher ruhig ab.«

Generell wurden Bedrohungen der rechtsextremen Szene kaum in die Berichterstattung der Medien integriert, und in der Gesellschaft wurde das Thema Rechtsextremismus weniger thematisiert.

Anna Hunger: »Als ich angefangen habe, [2007, 2008] Journalismus zu machen, da gab es den Gedanken nicht ›da passiert dir was‹. [...]. Natürlich gab es da schon Rechtsextreme, aber da war das einfach nicht so verbreitet wie heute, oder noch nicht so in der Mitte der Gesellschaft angekommen wie heute.«

Ab 2019 verschärfte sich die Lage, verstärkt durch Pegida und die Corona-Pandemie. Daten von Reporter ohne Grenzen zeigen eine steigende Zahl von Angriffen auf JournalistInnen zwischen 2019 und 2022 (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2024). Rechtsextreme AkteurInnen waren besser organisiert, insbesondere durch die aufkommende Nutzung von Plattformen wie Telegram, wo sich NutzerInnen zunehmend anonymisierten und radikalisierten.

Nicht nur die Quantität, auch die Intensität der Angriffe nahm zu. Rangeleien auf Demonstrationen und Drohungen bis ins Privatleben sind heute üblich, ergänzt durch juristische Einschüchterungen, die zunehmend eingesetzt werden, um kritische Berichterstattung zu verhindern. Obwohl sich die Bedrohungslage laut den Befragten zuletzt leicht entspannt hat, bleiben Rechtsextremismus und Feindseligkeit gegenüber JournalistInnen bestehen. Janzen weist auf eine anhaltende Diffamierung der Presse als »Lügenpresse« hin, »ein gängiges Narrativ, besonders in rechtspopulistischen und rechtsextremen Kreisen«, wie er sagt. Staatliche Institutionen reagieren oft unzureichend, viele Verfahren werden eingestellt, Schutzmaßnahmen greifen laut den Interviewten nicht konsequent. Immerhin seien aber, wie Hunger sagte, Organisationen wie das No-SLAPP-Bündnis entstanden, das JournalistInnen bei juristischen Angriffen unterstützt.

Insgesamt zeigt sich eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für JournalistInnen im Bereich Rechtsextremismus, bedingt durch direkte Bedrohungen, juristische Einschüchterung und zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz rechter Einstellungen (vgl. ZICK et al. 2023: 71).

Umgang mit Bedrohungen

Die Befragten unterscheiden zwischen individuellen und kollektiven Strategien im Umgang mit Bedrohungen. Alle Interviewten machen Bedrohungen öffentlich. Janzen dokumentiert Angriffe in sozialen Medien, um nicht in

eine Opferrolle gedrängt zu werden und um Aufmerksamkeit zu generieren. Zugleich erwäge er einen Wohnortwechsel, betont aber, dass jeder individuell mit der Situation umgehen müsse. Auch Interviewpartner 4 entschied sich nach der Gerichtsverhandlung im Oktober 2023, bei der er bedroht worden war, detailliert über die Geschehnisse zu berichten, obwohl ihm bewusst war, dass der Straftäter danach seine Privatadresse herausfinden könnte. Roth informiert in Vorträgen über Angriffe und geht nicht mehr allein auf Demonstrationen. Hunger verweigert Interviews mit Rechtsextremen, um ihnen keine Bühne zu geben, was für ihre gesamte Redaktion gilt.

Als zentrale kollektive Strategie gilt die Vernetzung, die Sicherheit und psychologische Entlastung schafft.

Alexander Roth: »Ganz allgemein ist es, glaube ich, auch psychologisch wichtig zu wissen, man ist nicht allein, es gibt andere, die erleben ähnliche Sachen. Man kann darüber sprechen, und da geht es manchmal auch einfach nur darum, dass man das jemandem erzählen kann, der das versteht [...]. Es ist dann eine andere Form des darüber Sprechens [...] im Austausch mit jemandem, der das halt auch erlebt hat. Und dafür ist es wichtig, [...] so ein bisschen Psychohygiene zu betreiben.«

Hunger hebt hervor, dass es gerade in diesem Themenfeld eine inhaltliche Vernetzung gebe, welche die sonst übliche Konkurrenz zwischen Redaktionen überlagere. Sie empfinde die Kooperation mit anderen JournalistInnen im Kontext einer »Anti Bedrohungs-Vernetzung« als hilfreich und positiv. Auch innerhalb ihrer Redaktion unterstützt man sich gegenseitig. Auf Demonstrationen suchen JournalistInnen gezielt den Kontakt zu KollegInnen. Unterstützung erfolgt zudem durch LeserInnen-Spenden, Rechtshilfefonds oder angebotenen Begleitschutz (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2023: 10).

Drei Befragte betonen darüber hinaus die gesellschaftliche Dimension. Janzen sieht die Medien als »vierte Gewalt« in der Pflicht und fordert eine engere Kooperation zwischen Presseverbänden, Polizei und Justiz. Er verweist zudem auf Correctiv als Beispiel für gemeinwohlorientierten Journalismus. Roth fordert politische Aufmerksamkeit, und Interviewpartner 4 wünscht sich ein stärkeres Bewusstsein in Redaktionen, Verbänden und Behörden für das Thema.

Im Ergebnis steht bei den individuellen Strategien überwiegend der Selbstschutz im Vordergrund, während kollektive Strategien auf Solidarität, Bewusstseinsbildung und strukturelle Verbesserungen abzielen.

Rolle der Institutionen

Die Rolle von Institutionen ist für den Schutz von JournalistInnen zentral. Fast alle Befragten berichten von Erfahrungen mit der Polizei im Zusammenhang

mit Bedrohungen. Häufig kritisiert wird eine mangelnde Präsenz oder fehlendes Eingreifen auf Demonstrationen.

David Janzen: »Ich habe das immer mal wieder erlebt, dass verbale Bedrohungen aus der Demonstration heraus kommen, aber die Einsatzkräfte das nicht wahrnehmen. Selbst wenn man sie anspricht, kommt ›hab ich nicht gehört, kommen Sie morgen in die Wache und stellen Sie eine Anzeige‹, was natürlich gar nichts bringt.«

Roth beschreibt eine Situation, in der er nach einer Demonstration trotz Polizeipräsenz längere Zeit bedroht worden sei.

Alexander Roth: »Es gibt aber immer wieder einzelne Situationen, wo es halt brenzlig ist [...], wo sich die Polizei dann eben auch weigert, auf der Fläche präsent zu sein.«

Zugleich betont er die Bedeutung eines präventiven Kontakts und verweist auf feste Ansprechpersonen bei der Polizei. Interviewpartner 4 berichtet von positiven Erfahrungen, da er sich während der Bedrohungen ernst genommen gefühlt habe, schränkt aber ein, dass dies nur für seine regionale Polizei gelte. Während Janzen und Roth insgesamt kritisch sind, sieht Interviewpartner 4 bei der Polizei ein vorhandenes Bewusstsein für die Gefährdung von JournalistInnen, wenn auch meist im Rahmen regulärer Pflichterfüllung.

Die Einschätzungen decken sich mit Berichten von Reporter ohne Grenzen, die unzureichenden Schutz bei Demonstrationen dokumentieren (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2020: 5, 2021: 5, 2022: 5, 2023: 8, 2024b: 11, 2025: 10). So war die Polizei 2024 in 25 von 41 Fällen nicht sichtbar und griff in weiteren vier Fällen trotz Aufforderung nicht ein (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2024: 11). Teilweise kam es auch zu Übergriffen auf Medienschaffende durch Polizeikräfte (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2024: 11). Bereits 2021 kritisierte die *taz* unzureichende Kenntnisse über Pressefreiheit und einen überholten Verhaltenskodex zwischen Polizei und Medien (vgl. FROMM/ULRICH 2021; INNENMINISTERKONFERENZ 1993: 1). Der Deutsche Presserat veröffentlichte 2020 daher einen neuen Entwurf für zeitgemäße Regeln, dessen Umsetzung bis heute aussteht (vgl. DER DEUTSCHE PRESSERAT 2020: 1 2021).

Auch mit der Justiz haben alle Befragten negative Erfahrungen gemacht. Janzen und Roth bemängeln lange Bearbeitungszeiten, häufige Einstellungen von Verfahren und fehlende Konsequenzen, auch bei bekannten TäterInnen. Roth führt dies auf eine Überlastung der Gerichte zurück. Er fordert gleichwohl eine stärkere Verfolgung durch die Justiz, da Angriffe auf JournalistInnen anders motiviert seien als Angriffe auf Privatpersonen und sie einen gezielten Angriff auf die Pressefreiheit darstellten. Hunger berichtet wie erwähnt von missbräuchlichen SLAPP-Klagen. Interviewpartner 4 hingegen schildert, dass sein Fall ernst genommen worden sei. Der Täter sei zu drei Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden.

Organisationen und Verbände werden überwiegend positiv bewertet. Janzen und Interviewpartner 4 sehen die Hauptproblematik weniger in staatlichen

Einschränkungen als in gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Janzen verweist auf Unterstützung durch internationale Organisationen und Presseverbände. Hunger nennt das No-SLAPP-Bündnis (NOSLAPP.DE 2024), zu dem unter anderem das Portal für Informationsfreiheit *FragDenStaat* gehört; sie erwähnt zudem den Verein Netzwerk Recherche. Reporter ohne Grenzen unterstützt vor allem kleine Medien und freie JournalistInnen (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2025a). Eine neue EU-Richtlinie soll JournalistInnen künftig besser vor SLAPP-Klagen schützen (vgl. BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER 2024). Vorgesehen ist unter anderem die Möglichkeit einer frühzeitigen Abweisung unbegründeter Klagen, KlägerInnen zur Beweisführung zu verpflichten und Entschädigungen für Betroffene bereitzustellen. Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die Richtlinie bis Mai 2026 in nationales Recht umzusetzen und bis dahin Unterstützungsangebote für Betroffene bereitzustellen (vgl. REPORTER OHNE GRENZEN 2025a: 4).

Insgesamt zeigt sich, dass Institutionen für alle Befragten ein wichtiges Thema sind. Während Organisationen meist als hilfreiche Unterstützer wahrgenommen werden, gehen die Erfahrungen mit Polizei und Justiz auseinander. Die Polizei wird einerseits als überfordert oder nicht aktiv genug wahrgenommen, andererseits als hilfreicher Ansprechpartner gesehen. Die Justiz wird einerseits als zu langsam und ineffektiv erlebt, andererseits für konsequente Urteile gelobt.

Auswirkungen auf die journalistische Praxis

Wie sich die journalistische Praxis durch die zunehmenden Bedrohungen und Angriffe auf JournalistInnen verändert hat und welche Strategien die befragten JournalistInnen entwickelt haben, um ihre Berichterstattung fortsetzen zu können, wird im Folgenden dargelegt.

Sicherheitsmaßnahmen

Für die Befragten spielt der Schutz persönlicher Daten eine zentrale Rolle. So ließen Janzen und Interviewpartner 4 ihre Adressen im Melderegister sperren, um ihre Wohnorte unzugänglich zu machen. Interviewpartner 4 hat diese Sicherheitsmaßnahme auch nach seinem Wohnortwechsel konsequent beibehalten und die Sperrung direkt erneuern lassen. Roth geht mit privaten Angaben im Netz sehr zurückhaltend um und lässt private Bestellungen oft an die Redaktion liefern. Janzen veröffentlicht sensible Recherchen teilweise anonym oder verzichtet bei zu hohem Risiko ganz auf die Publikation, während Hunger

schildert, dass ihre Redaktion Texte vor der Veröffentlichung juristisch prüfen lässt, um Angriffen vorzubeugen.

Auch bei der Berichterstattung vor Ort, insbesondere auf Demonstrationen, haben alle GesprächspartnerInnen ihre Arbeitsweise angepasst; sie betonen, vorsichtiger geworden zu sein.

David Janzen: »Klar wird man natürlich vorsichtiger.«

Alexander Roth: »Ich bin auf jeden Fall vorsichtiger.«

Anna Hunger: »Man guckt genauer, man recherchiert genauer, finde ich.«

Interviewpartner 4: »Ich bin generell vorsichtiger.«

Janzen besucht Kundgebungen nur noch selten, geht nicht allein und verlässt Veranstaltungen frühzeitig, Roth trifft ähnliche Vorsichtsmaßnahmen und berichtet von KollegInnen, die sich inzwischen mit Security schützen lassen. In der Kontext-Redaktion bestehen klare Vorgaben, wonach junge KollegInnen Demonstrationen nur in Begleitung besuchen dürfen. Zudem verzichtet die Redaktion bewusst auf Interviews mit AfD-PolitikerInnen. Verschiedene Berichte bestätigen, dass die AfD kritische Medien systematisch ausschließt und damit die Pressefreiheit einschränkt (vgl. MEDIA FREEDOM RAPID RESPONSE 2024: 30ff.). Ein Beispiel dafür ist der Parteitag der AfD Bayern im November 2024. Dort wurde der BR-Reporter Johannes Reichart von Sicherheitskräften auf Schritt und Tritt begleitet, sogar auf dem Weg zur Toilette. Er sprach danach von einer »neuen Dimension der Einschränkung von Pressefreiheit« (joswig 2024), da ihm auch Gespräche mit Parteimitgliedern verboten worden seien. Gemäß Art. 6 Abs. 27 2 Versammlungsgesetz dürfen PressevertreterInnen bei öffentlichen Versammlungen nicht ausgeschlossen werden, wenn sie sich durch ihren Presseausweis ausweisen können.

Selbstzensur

Die wohl gravierendste Auswirkung der Bedrohungslage auf die journalistische Praxis dürfte die Selbstzensur sein. Darunter verstehen die Befragten den Verzicht auf bestimmte Themen oder Anpassungen ihrer Berichterstattung aus Angst vor Konsequenzen. Janzen, Roth, Hunger und Interviewpartner 4 betonen zwar, ihre Themenwahl nicht grundsätzlich zu verändern, treffen aber vereinzelt Vorsichtsmaßnahmen: Janzen verzichtet auf Recherchen mit Bezug zu Rocker- oder Kriminalitätsstrukturen und veröffentlicht sensible Beiträge teils anonym, Hunger verweist auf juristisch bedingte Auseinandersetzungen, die ihre Berichterstattung einschränken, und Interviewpartner 4 beschreibt, dass er seine Herangehensweise an Themen beibehalten habe, dies aber ein intensiver Verarbeitungsprozess gewesen sei. Roth schildert, dass KollegInnen ihre Arbeit aus Angst reduziert oder ganz aufgegeben hätten, wodurch die Pressefreiheit

aktiv eingeschränkt werde. Zudem können ökonomische Faktoren wie drohende Abo-Kündigungen redaktionelle Entscheidungen beeinflussen.

Insgesamt lehnen alle Befragten Selbstzensur für sich persönlich ab, sind sich aber der Risiken bewusst und versuchen ihre Arbeit durch Sicherheitsmaßnahmen zu ergänzen.

Alexander Roth: »Da mache ich weiter wie bisher. Die Kriterien dafür, warum und wie wir berichten, sind ja nicht an Drohungen geknüpft, sondern an Relevanz. Also ich berichte umgekehrt [...] auch nicht darüber, wie irgendwelche Leute mich bedrohen jede Woche, um das denen quasi heimzuzahlen [...], sondern es geht einfach darum, ist das jetzt relevant für die Allgemeinheit, und ist es wahr, was ich schreibe.«

Ihre Erfahrungen zeigen, dass Bedrohungen nicht nur individuelle Einschränkungen bewirken, sondern auch strukturelle Folgen für die Pressefreiheit haben können. Nach dem Agenda-Setting-Ansatz können Themen, die aus Angst gemieden werden, langfristig aus dem öffentlichen Diskurs verschwinden (vgl. LÖFFELHOLZ/ROTHENBERGER 2015: 419). Damit steigt die Gefahr, dass über die Gewaltbereitschaft Rechtsextremer nicht ausreichend berichtet wird (vgl. LÖFFELHOLZ/ROTHENBERGER 2015: 428).

Fazit

Die vorliegende Studie macht deutlich, dass rechtsextreme Bedrohungen in Deutschland nicht nur JournalistInnen individuell treffen, sondern strukturelle Auswirkungen auf die journalistische Praxis und die Pressefreiheit haben. Die qualitative Analyse der Interviews zeigt ein breites Spektrum an Bedrohungen, von subtilen Einschüchterungen über digitale Hasskampagnen bis hin zu physischen Angriffen, die bei den Betroffenen zu psychischen Belastungen, erhöhter Vorsicht und in einigen Fällen zu Selbstzensur führen.

Die befragten JournalistInnen entwickeln dabei sowohl individuelle als auch kollektive Strategien, um ihre Arbeit trotz der Gefährdungslage fortzusetzen. Während persönliche Schutzmaßnahmen wie die Sicherung privater Daten, angepasste Recherchemuster und gezielte Vorsicht vor Ort den direkten Schutz gewährleisten, spielen Vernetzung, Solidarität innerhalb von Redaktionen und Unterstützung durch Organisationen eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Bedrohungen. Gleichzeitig verdeutlichen die Erfahrungen mit Polizei und Justiz, dass institutionelle Schutzmechanismen oft unzureichend sind, während Verbände und zivilgesellschaftliche Initiativen wichtige Unterstützungsangebote bereitstellen.

Die Auswirkungen auf die journalistische Praxis sind tiefgreifend. Die ständige Bedrohung führt zu Anpassungen in der Themenwahl, Einschränkungen bei Recherchen und der verstärkten Nutzung digitaler Schutzmaßnahmen.

Auch wenn direkte Selbstzensur von den Befragten größtenteils abgelehnt wird, zeigt sich, dass Angst und Risikoabwägung das journalistische Handeln erheblich beeinflussen. Mittel- und langfristig könnte daher drohen, dass bestimmte gesellschaftlich relevante Themen aus dem öffentlichen Diskurs verschwinden, was die Freiheit der Presse und die demokratische Öffentlichkeit gefährdet.

Die Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit gezielter Schutzmaßnahmen, institutioneller Unterstützung und stärkerer gesellschaftlicher Sensibilisierung. Nur durch eine Kombination aus individueller Vorsicht, kollektiven Netzwerken und proaktivem Handeln von Politik und Institutionen kann die Arbeit von JournalistInnen gegen den Rechtsextremismus nachhaltig gesichert und die Pressefreiheit gestärkt werden.

Es geht dabei um gezielte Schutzmaßnahmen für Medienschaffende und eine Stärkung der gesellschaftlichen Sensibilisierung für die Problematik. Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Bedrohungslage für JournalistInnen in Deutschland und ruft dazu auf, Lösungen zum Schutz der Pressefreiheit zu entwickeln.

Über die Autorin

Olivia Mangold hat ihren Bachelor in Medienwissenschaft und Soziologie an der Eberhard Karls Universität Tübingen abgeschlossen. Der vorliegende Aufsatz basiert auf ihrer Bachelorarbeit. Derzeit studiert sie im Master Medienwissenschaft mit den Schwerpunkten Medienökonomie und Medienmanagement an der Universität zu Köln.

Literaturverzeichnis

- BEIFUSS, FLORIAN (2025):** Es ist eine Zermürbungstaktik. In: *taz.de*, 15.05.2020.
<https://taz.de/Journalist-ueber-Drohungen-von-Rechten/!5683319/> (01.04.2025)
- BMI (2024):** Verfassungsschutzbericht 2023. In: *verfassungsschutz.de*, 18.06.2024.
<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023.pdf?blob=publicationFile&v=17> (30.10.2025)
- BRANDES, TONI (2019):** »Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.« Interview mit David Janzen. In: *der rechte rand*, (30)180, S. 34f. <https://www.der-rechte-rand.de/wp-content/uploads/2020/03/netz-180.pdf> (10.03.2025)
- BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER (2024):** EU beschließt Anti-SLAPP-Richtlinie zum Schutz von Journalisten. In: *brak.de*, 01.04.2024. <https://www.brak.de>.

- de/newsroom/news/eu-beschliesst-anti-slapp-richtlinie-zum-schutz-von-journalisten/ (30.10.2025)
- BUNDESVERFASSUNGSGERICHT (2000): Bundesverfassungsgericht – Beschluss vom 22. August 2000. In: *bundesverfassungsgericht.de*, 22.09.2000. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2000/08/rk20000822_1bvro07796.html (30.10.2025)
- DER DEUTSCHE PRESSERAT (2020): Verhaltensgrundsätze für Medien und Polizei zur Vermeidung von Behinderungen bei der Durchführung polizeilicher Aufgaben und der freien Ausübung der Berichterstattung. In: *presserat.de*, 24.11.2020. https://www.presserat.de/files/presserat/dokumente/download/Verhaltensgrunds%C3%A4tze_MedienPolizei_Entwurf_24_11_2020.pdf (30.10.2025)
- DER DEUTSCHE PRESSERAT (2021): Innenminister müssen sich zu gemeinsamen Regeln für Polizei- und Medienarbeit bekennen. In: *presserat.de*, 14.03.2021. <https://www.presserat.de/presse-nachrichten-details/innenminister-m%C3%BCssen-sich-zu-gemeinsamen-regeln-f%C3%BCr-polizei-und-medienarbeit-bekennen.html> (30.10.2025)
- DEUTSCHLANDFUNK (2021): Warum eskalieren die Corona-Proteste? In: *deutschlandfunk.de*, 29.12.2021. <https://www.deutschlandfunk.de/corona-demonstrationen-und-gewalt-100.html> (09.03.2025)
- DEUTSCHLANDFUNK (2023a): Lutz Kinkel. ECPMF: Pressefreiheit in Deutschland weiter unter Druck - größte Gefahr für Journalisten bei Demos. In: *deutschlandfunk.de*, 01.05.2023. <https://www.deutschlandfunk.de/ecpmf-pressefreiheit-in-deutschland-weiter-unter-druck-groesste-gefahr-fuer-journalisten-bei-demos-100.html> (11.03.2025)
- DEUTSCHLANDFUNK (2023b): Immer mehr Rechtsextreme in Deutschland. In: *deutschlandfunk.de*, 21.09.2023. <https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-mit-te-studie-rechtsextrem-weltbild-100.html> (09.03.2025)
- DIE BUNDESREGIERUNG (2025): Demokratie braucht Meinungs- und Pressefreiheit. Die Bundesregierung informiert. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte-der-bundesregierung/75-jahre-grundgesetz/meinungs-und-pressefreiheit-2274858> (25.02.2025)
- FROMM, ANNE; ULRICH, SARAH: Pressefreiheit in Gefahr. Unter Druck. Gewalt gegen Journalist:innen hat massiv zugenommen. Vor allem auf Querdenker-Demos kommt es immer wieder zu Übergriffen. Woher röhrt der Hass? In: *taz.de*, 27.03.2021. <https://taz.de/Pressefreiheit-in-Gefahr/!5758599/> (12.03.2025)
- INNENMINISTERKONFERENZ (1993): Verhaltensgrundsätze für Presse/Rundfunk und Polizei zur Vermeidung von Behinderungen bei der Durchführung polizeilicher Aufgaben und der freien Ausübung der Berichterstattung. In: *presserat.de*, 26.11.1993. <https://www.presserat.de/downloads.html?file=files/>

- presserat/dokumente/download/Verhaltensgrundsaetze_Presse_Polizei.pdf
(12.03.2025)
- JOSWIG, GARETH (2024): AfD gegen freie Berichterstattung: Ihr Kampf. In: *taz.de*, 29.11.2024. <https://taz.de/AfD-gegen-freie-Berichterstattung/!6049634/> (12.03.2025)
- KONRAD ADENAUER STIFTUNG (2015): Rechtsextreme Codes. Extremismus. In: *kas.de*, 16.02.2025. <https://www.kas.de/de/web/extremismus/rechtsextremismus/rechtsextreme-codes> (10.03.2025)
- LÖFFELHOLZ, MARTIN; ROTHENBERGER, LIANE (2015): *Handbuch Journalismustheorien* (1. Aufl.). Wiesbaden: Springer Fachmedien. doi 10.1007/978-3-531-18966-6_25
- MAYRING, PHILIPP (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken* (13. Aufl.). Beltz Verlag: Weinheim Basel.
- MEDIA FREEDOM RAPID RESPONSE (2024): *Mapping Media Freedom - Monitoring Report*. <https://www.mappingmediafreedom.org/wp-content/uploads/2024/09/MR-2024-Final-Draft-Pages.pdf> (12.03.2025)
- NDR (2023): Haus eines Journalisten mit rechter Parole beschmiert. In: *ndr.de*, 29.03.2023. https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Haus-eines-Journalisten-mit-rechter-Parole-beschmiert,braunschweig8150.html (10.03.2025)
- NICK, EVA: So wehrt sich Braunschweiger Rechtsextremismus-Experte gegen Hass. In: *Braunschweiger Zeitung*, 11.06.2024. <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/braunschweig/article406201305/so-wehrt-sich-braunschweiger-rechtsextremismus-experte-gegen-hass.html> (24.02.2025)
- NOSLAPP.DE (2024): Über das Projekt. NO SLAPP Anlaufstelle. In: *noslapp.de*. <https://www.noslapp.de/ueber-das-projekt> (12.03.2025)
- REPORTER OHNE GRENZEN (2020): Rangliste der Pressefreiheit 2020 – Nahaufnahme Deutschland. [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2020/FINAL_Nahaufnahme_Deutschland_-_RSF.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2020/Nahaufnahme_Deutschland_2020_neu.pdf) (03.02.2025)
- REPORTER OHNE GRENZEN (2021): *Rangliste der Pressefreiheit 2021 – Nahaufnahme Deutschland*. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2021/FINAL_Nahaufnahme_Deutschland_-_RSF.pdf (03.02.2025)
- REPORTER OHNE GRENZEN (2022): *Rangliste der Pressefreiheit 2022 – Nahaufnahme Deutschland*. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2022/RSF_Nahaufnahme_Deutschland_2022.pdf (03.02.2025)
- REPORTER OHNE GRENZEN (2023): *Rangliste der Pressefreiheit 2023 – Nahaufnahme Deutschland*. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2023/230510-Nahaufnahme_2023_korrigiert.pdf (03.02.2025)

- REPORTER OHNE GRENZEN (2024): *Nahaufnahme 2024 – Deutschland*. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/RSF_Nahaufnahme_Deutschland_2024.pdf (03.04.2025)
- REPORTER OHNE GRENZEN (2025a): *Nie mehr mundtot: Journalist*innen wirksam vor juristischer Einschüchterung schützen*. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/meldung/2025/20250113_SLAPP-RL-Stellungnahme_Kurzfassung.pdf (12.03.2025)
- REPORTER OHNE GRENZEN (2025b): *Rangliste der Pressefreiheit 2025 – Nahaufnahme Deutschland*. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/250331_Nahaufnahme_A5_Web_o2.pdf (10.09.2025)
- SPEIT, ANDREAS: Neonazis drohen Journalisten mit dem Tod: Und jetzt? In: *taz.de*, 06.04.2023. <https://taz.de/Neonazis-drohen-Journalisten-mit-dem-Tod/!5923145/> (10.03.2025)
- THOMAS, TANJA; HEFT, ANNETT (2024): Digitale Kommunikations- und Medienstrategien der Extremen Rechten im Vergleich. Ringvorlesung Rechtsextremismus – Erforschen und Entgegentreten. In: *timms video*, 04.12.2024. https://timms.uni-tuebingen.de:443/tp/UT_20241204_001_rvrechtsext_0001 (30.10.2025)
- VER.DI. (o. J.): SLAPP - Einschüchterung durch Klagen | Medien, Journalismus und Film. In: *verdi.de*. <https://medien.verdi.de/themen/slapp-einschuechterung-durch-klagen> (24.02.2025)
- ZICK, ANDREAS; KÜPPER, BEATE; MOKROS, NICOLE; ACHOUR, SABINE (2023) : *Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.